alle Arbeiter und insbesondere für alle Schuhmacher, denen ein vierzehntägiges Ausspannen von der alltäglichen Frohnarbeit eine willkommene Erleichterung und Erholung wäre und deren von der Arbeit eingedrückter Brust, welche die Aerzte die „Schuhmacherbrust“ nennen, es sehr gut thun würde, wenn sie sich in den Ozean frischer und kräftigender Luft stürzen und diesen wahren Balsam in vollen Zügen einatmen könnten. Als ein ganz anderer Mensch, dem Jungbrunnen mit neuem Leben entstiegen, würde er wiederkehren und mit verjüngter, neugestärkter Arbeitskraft sein Tagewerk wieder aufnehmen.

Darum sollten unsere Kollegen auch diese Frage in ihren Versammlungen diskutieren und an einsichtsvolle Unternehmer mit einem bezüglichen Wunsche herantreten. In zahlreichen Industrieen hat diese neue Einrichtung bereits platzgegriffen und es gilt nur, auch in der Schuhindustrie damit einmal den Anfang zu machen. Das gute praktische Beispiel kann dann zur Nachahmung empfohlen werden, der Weg zu weitern Fortschritten ist dann geebnet. Wenn ein Unternehmer die nötige soziale Einsicht und den guten Willen besitzt, ändert daran auch die herrschende Krise nichts, sofern sie nicht direkt die Möglichkeit zu einem Entgegenkommen in der bezeichneten Richtung untergräbt.

Ein Stück Lebensfreude gehört auch dem Arbeiter, gehört auch uns; die Natur bietet ihre Schätze und Schönheiten allen ohne Unterschied dar, wie denn Sonne und Mond nicht nur Kaiser und Könige und Schuhfabrikanten, sondern auch die Arbeiter bescheinen. Eine unvernünftige Gesellschaftsordnung hat den Anteil der Naturschönheiten sehr ungleich vergeben, die einen haben alles, die andern nichts. Wir aber wollen, daß auch die Arbeiter vollberechtigte Menschen in allem sind und hinausgehen können in die herrliche frische und freie Natur, um da, wenn ihnen das Herz schwillt vor Freude, mit dem Dichter singen zu können:

Nun ist vom goldnen Frühlingsduft
Die ganze Welt umflossen;
Es klingt und singt in blauer Luft,
Die kleinen Blumen sprossen.
Sie sind erblüht mit ihrer Pracht,
Sie trieb ein mächtig Werden,
Der Frühling schuf mit Zaubermacht
Ein Paradies auf Erden.

Der Tarif der Wucherzölle.

Endlich ist der seit Monaten fertig gestellte Zolltarifentwurf im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden, nachdem bereits verschiedene Mitteilungen über dessen Ansätze in der Presse durchgesickert waren. Die jetzt so unerwartet gekommene Veröffentlichung des Tarifentwurfes und Tarifgesetzes verdanken wir interessanterweise dem Ausland. Ein Berliner Journalist, der Mitarbeiter eines Londoner Finanzblattes ist, soll es verstanden haben, sich in den Besitz eines Exemplares zu bringen, so daß dessen Veröffentlichung in der englischen Presse bevorstand, was denn doch für die Regierung in Berlin ein äußerst beschämender Vorgang gewesen wäre. Um denselben hinauzuhalten, entschloß sie sich zur Veröffentlichung der Entwürfe im „Reichsanzeiger“.

So erlangte endlich das deutsche Volk Kenntnis von dem geplanten Beutezug auf seine Taschen und von dem Attentat auf seine Lebenshaltung. Die im Tarifentwurf aufgestellten Tarifsätze bestätigen nämlich nicht nur alle gehegten Befürchtungen, sie übertreffen dieselben auch noch. Man ist geradezu versucht, von einem verrückten Machwerk zu reden. Die vorgeschlagenen Zollerhöhungen sind so exorbitant hoch, daß im Hinblick auf ihre Wirkungen gegenüber dem Ausland der ärgste Feind Deutschlands, der es auf dessen wirtschaftlichen Ruin und politische Isolierung abgesehen, keinen schlimmern Entwurf hätte ausarbeiten können. Es handelt sich dabei gleicherweise um extreme landwirtschaftliche wie industrielle Zollvorschläge.

Eine Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen Zölle, wie sie jetzt bestehen und der im Tarifentwurf vorgeschlagenen neuen Zollansätze ergibt folgendes Bild:

	Entwurf Mk.	Geltende Vertragszölle Mk.
Per Doppelzentner		
Weizen	6,50	3,50
Roggen	6,—	3,50
Gerste	4,—	2,—
Malz aus Gerste	6,25	3,60
Hafer	6,—	2,80
Per Stück		
Stiere und Kühe	25,—	9,—
Jungvieh . . .	15,—	5,—
Schweine . . .	10,—	5,—
Pferde	30—300	10—20
Gänse	—,70	frei
Per Doppelzentner		
Schweinefleisch .	10,—	5,—
Anderes Fleisch und Speck	30,—	15—17
Wurst	45,—	13,—
Schmalz	12,50	frei
Butter	30,—	20,—
Käse	30,—	20,—
Eier	3,—	2,—

Das sind Zollerhöhungen für die wichtigsten Lebensmittel **von 20 bis 50, 100 und 300 Prozent**, während für Schmalz und Gänse, deren Einfuhr bisher frei war, Zölle von 70 Pf. per Stück bis zu 12½ Mk. per Doppelzentner vorgeschlagen werden. Die Zölle auf das Brotgetreide — Weizen und Roggen — sollen um fast 150 Prozent erhöht werden! Und im Tarifgesetz wird dazu bestimmt: „Bei den Hauptgetreidearten sollen die Zölle durch Handelsverträge nicht unter gewisse Beträge und zwar bei Roggen nicht unter 5 Mk., bei Weizen nicht unter 5,50 Mk., bei Gerste nicht unter 3 Mk. und bei Hafer nicht unter 5 Mk. herabgesetzt werden.“ Also Minimaltarifsätze von 5 bis 5,50 Mk. für Brotgetreide! Ist das nicht Wahnwitz?

Und diese Wucherpolitik soll einem kleinen Häuflein steinreicher Großgrundbesitzer, habsüchtiger, unersättlicher und verschwenderischer Junker zulieb getrieben werden. Denn nur große Grundbesitzer sind in der Lage, Getreide verkaufen zu können, während die überwiegend große Masse der andern Grundbesitzer gar kein oder nur wenig Getreide zu verkaufen in der Lage ist; zahlreiche Kleinbauern müssen selbst noch alles oder doch den größten Teil des Eigenbedarfs an Getreide kaufen, so daß sie von den Zöllen nicht nur keinen Nutzen, sondern im Gegenteil ebenso wie der Fabrikarbeiter Schaden haben. Welche „Bauern“ von den Wucherzöllen Nutzen haben, mag folgende kleine Auslese zeigen. Es besitzen:

Fürst Pleß	83	Güter	mit zus.	70139	Hektar
Fürst Hohenlohe-Oehringen	43	„	„	33365	„
Herzog von Ratibor	53	„	„	34026	„
Herr v. Schaffgotsch	39	„	„	31011	„
Henckel v. Donnersmarck	33	„	„	23731	„
Reichsgraf von Brühl	12	„	„	22716	„
Prinz Biron v. Kurland	29	„	„	22691	„
Fürst Putbus	62	„	„	19752	„
Fürst Stolberg-Wernigerode	21	„	„	19649	„
Graf Redern	24	„	„	18766	„
Fürst Hatzfeld	30	„	„	18538	„

Diese „notleidenden“ Herren samt ihren gleichsituierten Genossen und gut besoldeten Preßhandlangern und Agitatoren sind es, die seit Jahren gegen die bestehenden Handelsverträge hetzen und 7 bis 10 Mark-Zölle forderten und die nun auch durch die Bereitwilligkeit der Junkerregierung das Ziel ihrer Wünsche verwirklicht sehen, wenigstens vorläufig im Tarifentwurf. Daß derselbe Tarifentwurf die Einfuhr von Orden und Wappenschildern zollfrei läßt, deren Konsumenten in der Hauptsache die Junker allein sind, wird die Freude und Begeisterung der Herren nur noch steigern.

Mit seinen horrenden Wucherzöllen gleicht dieser Tarifentwurf einer wirtschaftlichen Kriegserklärung an das gesamte Ausland, einer politischen Verfeindung und Entzweiung mit der ganzen Welt. Mit einem solchen Tarif kann man keine neuen Handelsverträge machen, er bedeutet vielmehr das Ende jeder Handelsvertragspolitik, das freilich die Agrarier als Feinde des Industriestaates gerade wollen. Darüber läßt auch die Auslandspresse keinen Zweifel bestehen. Unsere Verbündeten, Oesterreich und Italien, werden davon so hart betroffen, wie Frankreich und Rußland, England und die Vereinigten Staaten. Der erste und einzige Erfolg dieses Tarifes kann nur der Zollkrieg sein und was der bedeutet, das hat man anfangs der neunziger Jahre in empfindlichster Weise zu fühlen bekommen, als Deutschland mit Rußland im Zollkriege lag, bis es dann endlich dem damaligen Reichskanzler Caprivi gelang, die erdrückende Spannung zwischen beiden Staaten durch den Abschluß eines Handelsvertrages zu lösen. An jene Vorgänge und an die Wirkungen der damaligen Bismarckschen Hochschutzzollpolitik auf die Gestaltung der damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse darf man heute um so mehr erinnern, als wir gegenwärtig am Anfange einer Wirtschaftskrise stehen, die bereits verheerende Folgen hatte und weiter von Tag zu Tag an Verschärfung zunimmt. Wie weit daran bereits die seit längerer Zeit drohende neue Hochschutzzollpolitik Schuld trägt, wäre der Mühe wert, besonders untersucht zu werden. Sei dem aber auch wie ihm wolle, sicher ist, daß der vorliegende Musterstarif geeignet ist, Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Ruins zu führen und für das arbeitende Volk so viel Arbeitslosigkeit, Not und Elend heraufzubeschwören, daß man nur mit Schrecken an die Zukunft denken kann. Eine Regierung aber, die so leichtfertig die Grundlagen der Existenz des ganzen Volkes untergräbt, die planmäßig den Umsturz des Bestehenden betreibt, die ohne Bedenken die Interessen von 56 Mill. Deutscher den Interessen einiger Hunderttausende, der reichsten Leute im ganzen Reiche hinopfert, gehörte zum Teufel gejagt zu werden.

Kehren wir zu den im vorliegenden Tarifentwurf figurierenden horrenden Zollsätzen zurück, so zeigt sich, daß auch noch zahlreiche andere, als die in der Tabelle angeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse empfindlich höher verzollt werden sollen, so z. B. Holz, Obst, Gemüse, Wein rc. Davon wird auch die Schuhindustrie insofern indirekt betroffen, als trotz aller Opposition der Lederindustriellen nun doch ein Quebrachoholz-Zoll von 2 Mk. vorgeschlagen wird, während dessen Einfuhr bisher frei war. Dieser Quebrachoholz-Zoll hat für uns noch eine besondere Bedeutung. Bekanntlich ist der jetzige preußische Handelsminister Möller auch Lederindustrieller und als solcher selbstverständlich auch Gegner dieses Zolles gewesen. Sein Einfluß hat aber nicht soweit gereicht, dessen Aufnahme in den Tarifentwurf zu verteilen — ebenso wenig, als er, der Gegner der Gewerbegerichts-Gesetzesnovelle, deren Annahme durch den Bundesrat zu verhindern vermochte. Diese beiden Thatsachen zeigen, daß in wichtigen Fragen der Einfluß des einzelnen Ministers auf deren Entscheidung ein sehr beschränkter ist. Ferner haben für uns noch besonderes Interesse die Lederzölle. Gegenwärtig beträgt der Zoll auf Sohlleder 30 Mk. und für „anderes Leder“ 18 Mk., der Tarifentwurf schlägt Zölle vor von 30, 36, 40 und 50 Mk. Der Zoll auf zugerichtetes Ziegenleder soll von 18 Mk. des autonomen Tarifes auf 80 Mk., derjenige für Bocklederv on 36 auf 50 Mk. und für lederne Handschuhe von 100 auf 200 Mk. erhöht werden. Auch die Papierzölle sollen erhöht werden trotz der Wucherpreise des Papierringes, ebenso die Zölle auf Fahrräder (von 24 auf 150 Mk.) und andere Artikel.

Es handelt sich, was im Auge zu behalten ist, bei allen den vorgeschlagenen Zollerhöhungen nicht allein um den vielberufenen „Schutz der nationalen Arbeit“, der in Wahrheit nichts anderes sein soll, als Garantie einer hohen Grundrente den Junkern und Garantie eines hohen Gewinnes den großen Kapitalisten der Industrie, sondern ebenso sehr um Finanzzölle, um die Steigerung der Reichseinnahmen aus den Zöllen, damit der Militarismus und der Marinismus genügend gefüttert werden können.

Seit der Zuchthausvorlage ist kein gleich tödliches Attentat auf das arbeitende Volk unternommen worden, als es jetzt mit diesem Tarifentwurf geschieht, der zugleich eine blutige Verhöhnung der Weltpolitik ist, für die man erst dem deutschen Volke fünf Milliarden Mark abgekrächzt und das Blut der deutschen Jugend auf chinesischer Erde hingeopfert hat. Mit diesem Tarifentwurf wird die ganze Existenz, die ganze Lebenshaltung des arbeitenden Volkes angegriffen und diesem Attentat kann sich, da es wie ein Elementarereignis wirken muß, niemand entziehen, jeder Konsument wird davon betroffen. Darum aber auch sollte sich das ganze Volk in Süd und Nord, im Osten und im Westen wie ein Mann erheben und mit Donnerstimme den Kampfruf erheben, daß er durch alle Gauen des weiten deutschen Reiches erschallt:

Nieder mit diesem Wuchertarif!
Nieder mit dem Zollwucher!
Hoch das Brot und die Freiheit!

Aus unserm Beruf.

— **Meerane.** Wegen vorgekommener Lohnreduktionen bei der Firma Baumann u. Malz ist der Zuzug streng fernzuhalten. Etwaige zureisende Kollegen wollen sich behufs Aufklärung an den ersten Bevollmächtigten Kurt Thurm, Südstraße 17 wenden.

— **Camen in Westfalen.** Wegen Lohnreduktionen ist der Zuzug von hier fernzuhalten.

— **Durlach.** In der Pantoffelfabrik von Falk (früher Dagenbach) sind Differenzen wegen Maßregelung des ersten und zweiten Bevollmächtigten ausgebrochen und bitten wir, den Zuzug von hier streng fernzuhalten.

— **Ein Judasbrief.** Was für trauriger Mittel sich noch manche Arbeiter bedienen, um Stellung zu erhalten, möge der folgende Brief zeigen:

Eppendorf, den 14. Juni 1901.

Werter Herr Rauschert!

Entschuldigen Sie mir meine Anfrage, ob Sie nicht einen tüchtigen Zuschneider benötigen den Ich möchte wieder sehr gerne nach München und werde auch Ihnen meine Gründe erklären. Ich schneide hier nur braune Ware sowie folgt Boxkalb, Imitiries Schevro Lack und Roßleder. Bin im Calkulation sicher. Da Ich hier for hin 4 Jahre im Maaßgeschäft Zuschneider war bin hier bevorzugt. Da Ich mich vom Sozialistischen Verband ausgeschlossen habe möchte aber diesen noch eine Posse spielen daher Ich gerade in die Wenzische Fabrik möchte gehen, da Ich am selben Streik beteligt war, wo Ich bei Ihnen als Nachbutzer gearbeitet habe nur um recht der Sozialdemokratie in den Augen zu stehen Und wenn Sie mier auch nur 21 Mk. bezahlen trotzden hier 24—28 Mk. verdienen da hier Alles Akordlohn ist. Wier find hier 32 Zuschneider möcht hier auf den Posten verzichten und den Verband recht ärgern. Bin furchtbarer Feind gegen diesen gewoden. Ich bitte Sie Herrn Rauschert. wenn es nur halbwegs möglich ist. Engaschirin Sie mich um Ich meine Rache ausüben kam an dem Verband Kann auch Modelieren Da Ich die Fachschule besucht habe und im Maßgeschäft wie Sie witzen muß man für jedes Paar Model schneiden verlege mich nicht als Modeler zu gehen sondern nur als Zuschneider. falls Sie mich Engaschiren so bitte mier gleich zu schreiben da ich 14 Tage fündigen muß, den sonst meine Caution verloren Da man hier eine Stellen muß Einer gütigen Antwort entgegen sehend zeichne mich mit aller

Achtung

Franz Sackmann, Zuschneider.
mechanische Schuhfabrik.
Haug u. Leonhart in
Eppendorf Sachsen

Nun die Kollegen werden überall dafür sorgen, daß die Sache dieses „furchtbaren“ Feindes nicht allzugroß werden kann. Zu begrüßen ist, daß trotz dieser Schmarotzerei dieser „brave Mensch“ nicht eingestellt wurde.

— **Lohn- und Streikbewegungen der Schuhmacher im Jahre 1900.** Im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht Genosse Legien soeben eine Darstellung der Lohnkämpfe der deutschen Arbeiter im Jahre 1900. Indem wir uns vorbehalten, darauf noch näher zurückzukommen, entnehmen wir daraus für heute die auf die Schuhmacher bezüglichen Angaben. Darnach kommen im verflossenen Jahre in unserem Berufe 20 Streiks vor, woran 2584 Personen (2096 männliche und 488 weibliche) beteiligt waren. Die Dauer der Streiks betrug 562 Tage einschließlich der Sonntage und sie verursachten eine Ausgabe von 114 593 Mk. Für 13 Streiks mit 2150 Beteiligten wurde die Zahl der verlorenen Arbeitstage mit 53 969 festgestellt, wovon 48 781 auf die Männer und 5188 auf die Arbeiterinnen entfallen. Die Summe des für diese verlorenen Verdienstes betrug 155 151 Mk. 7 Streiks hatten ganzen, 8 teilweisen und 5 keinen Erfolg. Angriffsstreiks kamen 12 mit 649 Beteiligten, wovon 12 weiolche, vor. Die Dauer dieser Streiks einschließlich der Sonntage betrug 378 Tage, die Gesamtausgabe 14 443 Mk. 6 Streiks mit 219 Beteiligten hatten einen Verlust von 1878 Arbeitstagen zur Folge und die Summe des entgangenen Arbeitsverdienstes betrug 4675 Mk. Die Forderungen waren: in 4 Fällen Lohnerhöhung, in 5 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, in 1 Fall Beseitigung mißliebiger Personen und in 2 Fällen das Verlangen nach Durchführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen. 6 Fälle hatten ganzen, 5 teilweisen und 1 keinen Erfolg. Abwehrstreiks kamen 8 mit 1935 Beteiligten (1459 männliche nnd 476 weibliche) vor. Die Dauer dieser Streiks betrug 184 Tage und die Summe der Ausgaben 100 150 Mk. Bei 7 Streiks büßten die 1931 Beteiligten 52 167 Arbeitstage ein, sowie 150 476 Mk. an Arbeitsverdienst. In 1 Fall handelte es sich um Aussperrung, in 4 Fällen um Maßregelung, in 3 Fällen um Lohnreduktion, 1 Fall war ganz, 3 waren teilweise erfolgreich und 4 erfolglos. Lohnerhöhung wurde erzielt in 4 Fällen mit 222 Beteiligten, Arbeitszeitverkürzung und Lohnreduktion in 5 Fällen mit 301 Beteiligten, wobei 217 vollen Erfolg hatten. Die Beseitigung mißliebiger Personen (wahrscheinlich handelte es sich nur um 1) erlangten 66 Streikende in 1 Fall. 1 Aussperrung mit 1760 Beteiligten endete für die Arbeiter mit teilweisem Erfolg. Von 4 Maßregelungsfällen mit 68 Beteiligten endete nur 1 mit 26 Beteiligten günstig für die Arbeiter, während 3 ungünstig verliefen. Die Zahl der von den Streiks betroffenen Betriebe betrug 160, in denen 3110 Personen, wovon 587 weibliche, beschäftigt waren. Die Arbeit stellten 2584 ein, sodaß 526 fortarbeiteten. Organisiert von den Streikenden waren 2112, davon 1344 sechs Monate und länger bei Beginn der Arbeitseinstellung. Unter 21 Jahren waren von den Streikenden nur 37 *) und zwar ausschließlich männliche. Verheiratet waren 996, wovon 3 weibliche. Die Zahl der Kinder, welche zu ernähren waren, betrug 1733. Die Zahl der Einzelstreiks belief sich auf 12 und die Zahl der Beteiligten auf 512. Sehr bemerkenswert ist, daß in 87 Betrieben für 185 Beteiligte die Forderungen der Arbeiter ohne Streik bewilligt wurden. Nur 4 Arbeiter in den betreffenden Betrieben hatten das bereits, was die anderen forderten. 11 von den 20 Streiks hatte der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher genehmigt, 9 fanden ohne seine Gutheißung statt, was wohl beweist, wie schwer in der Praxis die an sich unentbehrlichen Streikreglements durchzuführen sind. In 19 Fällen waren vor Beginn des Streiks Versuche zur gütlichen Beilegung der Differenzen gemacht worden und während der Arbeitseinstellung machten die Streikenden selbst 48 Einigungsversuche, wovon jedoch 18 seitens der Unternehmer abgelehnt wurden. 9 Streiks wurden beigelegt durch einen Vergleich der beiden Parteien ohne Mitwirkung von dritten Personen, 8 durch Vermittlung des Vorstandes und 1 vor dem Gewerbegericht. Die gesamten Streikkosten von 114 593 Mk. wurden aufgebracht wie folgt: 74 330 Mk. aus der Vereinskasse, 22 111 Mk. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 13 632 Mk. durch Sammlungen und 4520 Mk. durch Beiträge anderer Gewerkschaften. Es ist das erste Mal, daß die Streikstatistik derart eingehend und überschlich gestaltet und daher um so lehrreicher ist.

— **Ueber die Geschäftslage in der Düsseldorfer Schuhindustrie** wird uns berichtet, daß sie in der einen Fabrik recht gut ist, während die beiden andern dortigen Fabriken ungenügend beschäftigt sind und in der einen nur acht Stunden täglich gearbeitet wird. Also der Achtstundentag, aber freilich mit verminderten Verdienst, was wir bei der Betreitung des Achtstundentages nicht meinen.

— **Die Tuttlinger Schuhfabrikanten auf den Pfaden ihrer Weitzenfelser Genossen.** Die „Lordeeren“, welche die schneidigen Weitzenfelser Schuhfabrikanten mit ihrem bloßer Herrschsucht entsprungenen Ansturm auf die Ortskrankenkasse der Schuhmacher und der Gründung eigener Fabrikkrankenkassen erworben, haben offenbar die Tuttlinger nicht schlafen lassen, so daß sie sich entschlossen, das schlechte Beispiel nachzuahmen. Sie hatten aber damit erfreulicherweise kein Glück. Ueber die ganze Angelegenheit wird der „Schwäbischen Tagwacht“ aus Tuttlingen berichtet: Der Verein Tuttlinger Schuhfabrikanten stellt wiederholt an den Gemeinderat das Gesuch um Genehmigung eigener Betriebskrankenkassen bei gemeinsamer Leitung unter dem Vorwand der Fürsorglichkeit für die Arbeiter und der Versicherung, sie wollen nur eine Kasse auf gesetzlicher Grundlage gründen. Die Diskussion gab Klarheit darüber, was die Tuttlinger Schuhfabrikanten unter „gesetzlich“ verstehen. Es wurde festgestellt, daß das Krankenversicherungsgesetz eine solche Art von Krankenkassen nicht kennt. G.-R. Zimmermann glaubt, daß seine Wahl als Kassierer der Ortskrankenkasse die Ursache sei, warum die Fabrikanten eine eigene Kasse gründen wollen, zu der sonst gar kein Grund vorliegt. G.-R. Wenzel weist darauf hin, daß in einer solchen Angelegenheit auch die Arbeiter gefragt werden müssen, und daß die Behauptung der Fabrikanten bezüglich der größeren Leistungsfähigkeit der von ihnen gewünschten Kassen unglaubwürdig sei, weil selbst die Fabrikantenkasse der Aktiengesellschaft jedes Jahr ein Defizit aufweise. Ferner sei nachgewiesen, daß, wo Fabrikkrankenkassen bestehen, solche Arbeiter, welche öfter krank sind oder an chronischen Krankheiten leiden, aus der Arbeit entlassen werden und dann der Stadt zur Last fallen. Das Gesuch wurde einstimmig abgelehnt und unter näherer Begründung dem Oberamt zur Genehmigung nicht empfohlen. — Bravo! Da das Gesuch der Fabrikanten von den Arbeiter-

*) Die Angabe ist unvollständig.

vertretern mit ebensoviel Sachkunde wie Entschiedenheit bekämpft wurde, lehrt der Vorgang zugleich auch, wie wichtig es ist, daß die Arbeiter mit Einsetzung aller ihrer Kräfte darnach streben, in alle Behörden ihre Vertreter hineinzubringen.

— In **Schkeuditz** bei Leipzig hat sich eine Einzelmitgliedschaft des Vereins gebildet, welcher 25 Kollegen angehören. — Die Einzelmitglieder in **Otterberg**, 16 an der Zahl, haben sich der Zahlstelle in Kaiserslautern angeschlossen.

— **„Schuh und Leder“** veranstaltet folgende Preisaufgabe: „Welche Wohlfahrtseinrichtungen kann der Schuhindustrielle schaffen und welchen Einfluß werden dieselben auf ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ausüben?“ Als Preise für diese Frage sind festgesetzt: für den ersten Preis 150 Mk., für den zweiten Preis 90 Mk., für den dritten Preis 60 Mk.

Ein schneidiger Schuhmachermeister.

Der Schuhmachermeister Wilhelm Schommer in Trier hat einem unserer Kollegen in Wittlich bei Trier folgende liebenswürdige Postkarte gesandt:

Herrn W. W. in Wittlich!

Teile Ihnen hierdurch mit, daß, wenn Sie es noch einmal versuchen, Versammlungen abzuhalten, die Arbeiter aufzuwiegeln, ich dann auf das strengste gegen Sie vorgehe. Auch werde ich nicht versäumen, Herrn Spanner (den Arbeitgeber unseres Kollegen) davon in Kenntnis zu setzen, was Sie für ein Herr — ? sind. Dieses zu ihrer Richtschnur.

Trier, den 16. Juli 1901.

Wilh. Schommer.

Schneidig, was? Und was war die Ursache zu diesen Anschuldigungen und Drohungen? Die Kollegen in Trier hatten am Sonntag, den 14. Juli ein Fäßchen Bier zum Vertilgen und da war auch unser Wittlicher Kollege, der früher bei dem famosen Schommer arbeitete, und gegenwärtig noch in Trier wohnt, auch dabei. Das soll nun eine Versammlung gewesen und dabei soll „aufgewiegelt“ worden sein. Der Mann scheint an Halluzinationen (Wahnvorstellungen) zu leiden.

Aber man muß sich fragen, wenn schon eine Versammlung stattgefunden hätte, die selbstverständlich vorher vorschriftsmäßig bei der Behörde angemeldet worden wäre, und wenn in derselben auch geredet worden wäre, wieso käme der Schommer dazu, den Oberpolizeier und Staatsretter von Trier zu spielen und mit lächerlicher Gespreitztheit und Wichtigthueret unseren Kollegen mit „strengem Vorgehen“ zu bedrohen? Ist er geheimer Polizeidirektor von Trier? Daß Herr Schommer unsern Kollegen auch mit Denunziation bei seinem Arbeitgeber bedroht, ihn also außer Arbeit und um seine Existenz zu bringen willens wäre, charakterisiert ihn zur Genüge.

Vielleicht erblickt Herr Schommer in seinen Drohungen Mittel zur Rettung des Handwerks, vielleicht wollte er damit auch der in Trier herrschenden Frömmigkeit und christlichen Nächstenliebe Ausdruck geben. Sei dem aber wie ihm wolle, der Herr Schommer hat sich als ein Mann entpuppt, vor dem ein organisierter Arbeiter auf der Hut zu sein alle Ursache hat, und daß er sich selbst so rücksichtslos aller Welt offenbarte, dafür könnten wir im eigentlich dankbar sein, denn nun weiß man doch, mit wem man es in ihm zu thun hat.

Bemerkt sei noch zur Kennzeichnung des kleinen Tyrannen und Arbeiterfeindes, daß, im Gegensatz zu Herrn Schommer, der Fabrikant in Wittlich, bei dem unser bedrohter Kollege arbeitet, Rechtsgefühl und Gesetzessinn genug besitzt, die gesetzlichen Rechte seiner Arbeiter zu achten, daß er sich, wie recht und billig, nicht darum kümmert, was seine Arbeiter außerhalb der Fabrik machen und daß daher die angedrohte Denunziation des Herrn Schommer doch nur ein Schlag ins Wasser wäre. Aber seine Gesinnung und Handlungsweise werden darum nicht schöner.

Es wäre recht erfreulich, wenn der Vorgang unsere Kollegen in Trier aufrütteln und sie veranlassen würde, sich bis auf den letzten Mann unserer Organisation anzuschließen. Hinein in den Verein deutscher Schuhmacher — das wäre die beste Antwort auf das unqualifizierbare Vorgehen des kleinen Gernegroß in Trier.

Zur Arbeitslosen-Versicherung.

Die Freunde der obligatorischen Einführung der Kranken- und Arbeitslosen-Versicherung sind bemüht den Nutzen, Wert und ihr Prinzip zu erklären und vor Augen zu führen. Die Gegner dieser Ideen bekämpfen und widerlegen dies nicht erst. Von der praktischen Ausführung hat man nur wenig gehört.

Aus der Höhe der Beiträge geht auch der materielle Wert und Nutzen hervor. Bei einer Wochenbeitragserhöhung von 10 Pf. für die zwei Versicherungen dürfte die notwendigste Ausgabe derselben, allen gerechten Ansprüchen zu genügen, nach gewesener Forms mindesten doppelt so hoch sein, wie die Einnahme; folgedessen müßte die Organisation die größte Last auf sich nehmen, dieselbe würde dadurch aber in ihren bisherigen Aufgaben zurück in den Hintergrund gedrängt. Bis jetzt werden die Verwaltungskosten der Versicherung von der Organisation getragen. 6000 Mk. werden im schlimmsten Falle aus der Hauptkasse genommen (siehe Magdeburger General-Versammlung, Protokoll Seite 87), damit den Versicherten ihre Vorteile und Nutzen zum Teil auf Kosten der gesamten Organisation gedeckt werden. Die Lasten einer Arbeitslosenversicherung würden zweifellos größer sein, als die der Krankenversicherung, da wir mehr arbeitslose Kollegen haben wie kranke. In unserer Berliner Orts-Krankenkasse verdoppelte sich der Beitrag innerhalb der letzten 10 Jahre von 27 auf 54 Pf. die Woche bei gleicher Unterstützung von 9 Mk. die Woche, freien Arzt und Apotheke. Demnach wäre ein Wochenbeitrag von 20 bis 25 Pf. allein notwendig für Arbeitslosenversicherung, um 4 bis 5 Mk. den Arbeitslosen zu sichern auf eine Zeit im Jahr von 15 Wochen, und ein entsprechender Reservefonds müßte auch vorhanden sein.

Bei dem Obligatorium würde die Arbeit im Zentralbureau wie bei den Filialverwaltungen die doppelte sein, es würden sich die Verwaltungskosten ebenfalls um das Doppelte steigern.

Wollen wir nun die obligatorischen Versicherungen mit einem Beitrag von 30 Pf. die Woche haben, die alten Aufgaben und das alte Prinzip zurückstellen, bis die Beiträge die entsprechende Höhe haben, um die Gesamtausgaben zu decken? Oder wollen wir gleich mit einem Beitrag beginnen, wie ihn die gesamten Lasten der Organisation bedingen müssen.

75 Pf. die Woche für jedes Mitglied würden nicht zu hoch sein, 40 Pf. zur Organisation, 20 Pf. für die Arbeitslosen- und 15 Pf. für die Krankenzuschußkasse. Wir müssen aber wissen, daß bei derartigen Beiträgen von Mitgliedern bei einem Durchschnittslohn von 12 bis 15 Mk. die moralische Verpflichtung organisiert zu sein, fällt und verschwindet, wo doch bei Streiks alle gebraucht werden. Die große Masse glaubt eben nicht, daß mit 10 Pf. Beitragserhöhung diese Kassen auf eigene Rechnung funktionieren können. Deshalb wurde das Obligatorium auch abgelehnt.

Nach vierzehntägiger Dauer des Cunewalder Weberstreiks mußte der Vorstand ihrer Gewerkschaft erklären, daß die noch seienden Gelder für die Versicherten bleiben müßten, diese waren also auf andere Gewerkschaften angewiesen. Der Hirsch-Dunckersche Verein hatte schon vor einem halben Jahr 10000 Mk. zugesetzt (das war ein guter Zweck, wo aber käme bei uns das Geld her? Die Buchdrucker hatten vor ihrem Streik 1890 zwei Millionen Vermögen, als die eine alle war, wurde die andere vom Staat beschlagnahmt für die Versicherten; diese aber bezahlen jetzt bei einem Minimallohn von 26 M. die Woche 2,20 Mk. Wochenbeitrag, da ist auch materieller Nutzen und Vorteil.

Die Größe und Bedeutung des Prinzips ändert an vorbemerkten Thatsachen und ihren berechtigten Folgerungen nichts.

Wir aber hindern niemand, sich freiwillig zu versichern, wünschen aber, daß die Versicherten Beiträge bezahlen, vermöge derer die gesamten Ausgaben ihrer Versicherung gedeckt werden können und hoffen, daß die 300 Versicherten den 19700 nicht gegen den eigenen Willen derartige Lasten bei dem erbärmlichen Verdienst aufzwingen wollen.

Filiale Weißensee.

„Auf der Jagd“

betitelt sich ein Artikel in Nr. 29 des „Schuhmacher-Fachblatt“, in welchem A. Wildermuth-Stuttgart sich gefällt, der Verwaltung unserer Krankenkasse gewissermaßen einen Rüffel ob ihrer ungenügenden Agitation und Verkennung der Folgen einer Geschäftskrise in Bezug auf die Krankenkassen 2c. zu erteilen. Wir sind keineswegs neidisch darüber, wenn Wildermuth nicht nur diesbezüglich, sondern überhaupt von einer höheren Kenntnis begabt ist und diese der Mit- und Nachwelt zur Darnachachtung unterbreitet, können ihn aber, soweit die Krankenkasse und ihre Verwaltung dabei in Frage kommt, als Richter darüber leider nicht anerkennen. Nach unserer unmaßgeblichen Ansicht könnte Wildermuth dieses Richteramt den Mitgliedern der Krankenkasse schon selbst überlassen. Denn es nimmt sich doch etwas zu sonderbar aus, wenn Jemand, der selbst nicht Mitglied einer Organisation ist — bis jetzt hat unseres Wissens Wildermuth noch nicht das Bedürfnis gehabt, Mitglied unserer Kasse zu werden — sich zum Richter für dieselbe und ihre Einrichtungen aufwirft. Was würde wohl Wildermuth sagen, wenn ein dem Verein deutscher Schuhmacher Fernstehender, obwohl ihn nichts hinderte, demselben anzugehören, in gleicher Weise die Einrichtungen 2c. desselben kritisieren würde?

Die Sache wird aber erklärlich, wenn man sich dieselbe etwas näher ansieht. Wildermuth selbst deutet ein Vorkommnis in Stuttgart an, unterläßt es aber, dasselbe näher bekannt zu geben. Somit wollen wir es thun, vielleicht werden die Kollegen dann den Wildermuthschen Artikel besser beurteilen können. Wildermuth sagte zu unserem Kassenbeamten, daß wir, da die Zuschußkasse des Vereins nicht mehr sei (soll verstanden werden, daß es keine selbständige Kasse mehr ist), alle aufnehmen müßten, die sich melden; auch sei schon eine Agitation für die Zentral-Schuhmacherkrankenkasse eingeleitet, damit wir viele Leute in die Kasse bekommen. Auf die Frage: Warum? sagte er: „Ja weißt, jetzt kommt die große Geschäftskrisis und da muß man doppelt versichert sein, damit die Leute etwas haben; da muß viel Krankengeld gezahlt werden und kann auf diese Weise der Kasse das Kreuz gebrochen werden, um sie mit dem Verein zu verschmelzen.“

Dies bedeutet doch für jeden Menschen, der noch einiges Begriffsvermögen besitzt, nichts weiter, als daß die Ausnutzung der Kasse angestrebt werden soll, um sie finanziell so zu schädigen, daß sie sich schließlich mit dem Verein verschmelzt. Denn welchen anderen Sinn hat das „Kreuz brechen“? Angesichts dessen steht es Wildermuth auch schlecht an, wenn gerade er sich über die „kassenschrankbrecherische Parole“ und über „Verdächtigung unehrlicher Handlung“ entrüstet.

Anfangs leugnete Wildermuth, solche Aeußerungen gemacht zu haben, als er aber nicht anders konnte, gab er dieselben zu. Möglich, daß er sich jetzt erst der Bedeutung seiner Worte voll bewußt geworden ist und darin selbst das Spiegelbild des „ollen ehrlichen Seemann“ erkannt hat und nun nach Gründen der Rechtfertigung sucht. Aber über das „Kreuz brechen“ kommt er nicht hinweg.

Wenn Wildermuth als Vereinsmitglied der Ansicht ist, wie sich aus dem Schlußsatz seines Artikels ergibt, daß der Verein selbst eine unserer Kasse gleichwertige zu errichten habe, worüber wir uns hier nicht auseinandersetzen wollen, und diese Ansicht vertritt, so ist das sein Recht, aber dann lasse er unsere Kasse und deren Einrichtungen dabei aus dem Spiel, wie ihn auch die angebliche „mangelnde Agitation seitens der Kassenverwaltung“ nichts angeht. Auf eine Agitation im Sinne Wildermuths verzichten wir gern.

J. Zaffke, Vorsitzender.

Soziale Rundschau.

Gegen den Brotwucher hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Petition an den Deutschen Reichstag gesandt: „Die Nachricht, daß die verbündeten Regierungen in dem Entwurf eines Zolltarifgesetzes eine abermalige und sehr erhebliche Erhöhung der Getreidezölle und dementsprechend eine Erhöhung der übrigen Lebensmittelzölle vorschlagen, hat bei den ergebenst Unterzeichneten die lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Die Brot- und Lebensmittelsteuer ist die ungerechteste, die Interessen der Arbeiter und Gewerbetreibenden am schwersten schädigende Steuer. Unter der hereingebrochenen Krise hat die Arbeiterklasse bereits schwer zu leiden. Diese Notlage wird verschärft durch die Verteuerung der Lebensmittel unter dem Druck der Zollerhöhung. Die Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle bringt nur einer kleinen Gruppe — den Großgrundbesitzern — Vorteil. Diese kleine Gruppe hat durch die Liebesgabenpolitik des Reichs und der Einzelstaaten eine Bevorzugung erfahren, die nur dazu beigetragen hat, die Forderungen dieser kleinen Gruppe ins Ungemessene zu steigern. Das Vorhandensein und die Erhöhung der Getreidezölle stellt sich auch als eine schwere Schädigung weiter Kreise der bäuerlichen Bevölkerung dar. Der zu erwartende geringe Ertrag der diesjährigen Ernte bedingt eine gesteigerte Getreideeinfuhr und ein Emporschnellen der Preise über die geplanten Zollsätze hinaus. Von der Preissteigerung wird der größte Teil der Landbevölkerung betroffen, am schwersten die Arbeiter und die Besitzer der bäuerlichen Anwesen, die zu klein sind, um den Jahresbedarf der Familie zu decken. Die ergebenst Unterzeichneten ersuchen deshalb den Hohen Reichstag, bei Beratung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes die Getreide- und Lebensmittelzölle gänzlich beseitigen zu wollen, unter keinen Umständen aber irgend einer Erhöhung derselben seine Zustimmung geben.“ Arbeiter in Stadt und Land, wir bitten Euch, der Petition so viel Unterschriften wie nur irgend möglich zu sichern. Es gilt Eurer Lebenshaltung, Eurer Gesundheit und dem Leben Eurer Kinder.

Zwei Gewerkschaftskämpfe nehmen augenblicklich das Interesse der Arbeiterwelt in Anspruch. Es ist dies der Tabakarbeiterstreik in Nordhausen und der Generalstreik der Glasarbeiter. In beiden Fällen stehen die Arbeiter von Größenwahn befallenen Kapitalisten gegenüber, die in ihrer Herrschsucht sich erdreisten, das Vereinigungsrecht ihrer Arbeiter zu Boden zu treten. Sicher wird jeder Arbeiter, der Mitgefühl mit seinen kämpfenden Kollegen hat, dieselben kräftigst unterstützen, damit die Geldprotzen nicht noch die Freude als Sieger über ihre schwer um ihre Existenz ringenden Arbeiter erleben, um nach Lust und Willkür mit ihnen umzuspringen. Uebermütig haben die Fabrikanten beider Berufe die von den Arbeitern angebotenen Vergleichsverhandlungen abgelehnt. Auch die Schuhmacher werden ihnen, was sie können, und trotz der schlechten Zeit opfern, was möglich ist. Besonders erinnern wir unsere Kollegen immer wieder daran, energisch für den Boykott des Kau- und Rauchtabaks folgender Firmen in Nordhausen einzutreten: C. A. Kneiff, G. A. Hanewacker, Berlin u. Bona, F. C. Lerche, H. u. R. Wittig, Rothardt u. Ko., G. Reddersen, Salfeldt u. Stein. Folgende Nordhäuser Firmen haben sich mit den Arbeitern geeinigt: Grimm u. Triepel, Hendeß u. Schumann, Walther u. Sevin, Athenstädt u. Bachrodt, Steinert u. Hellmund. Von den letzteren sind die Fabrikate zu empfehlen.

Mitteilungen.

Blankenese. Nachdem sich die hiesige Zahlstelle im letzten Frühjahr in Wohlgefallen aufgelöst hatte, ist es der eifrigen Rührigkeit einiger Kollegen gelungen, dieselbe wieder ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke fand am Montag, den 29. Juli, abends eine Mitgliederversammlung statt, in welcher uns zunächst Kollege Schaumburg einen Vortrag über den Wert der Gewerkschaften hielt. Selbiger legte in einem zweistündigen Vortrage in klarer und verständiger Weise den Anwesenden die Gewerkschaftsbewegung von ihren ersten Anfangsstadien bis zur Jetztzeit, nebst ihren sozialen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen auseinander. Redner forderte die Anwesenden zum Schlusse auf, fest und treu zum Verein deutscher Schuhmacher zu halten, dann könne eine kleine Zahlstelle auch eine gute sein und bessere Resulate erreichen, als wenn man in den alten Schlendrian verfalle. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und danach die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Nachdem im Verschiedenen noch einige kleine Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung. — Der Mitgliederstand beträgt zur Zeit 20, so daß es nur noch ein Kollege am Orte ist, welcher uns fernsteht. Möge auch dieser noch zur Einsicht gelangen, daß der Einzelne nichts bedeutet, nur die Gesamtheit ist eine Macht, mit der man zu rechnen hat.

Böblingen. Bis Herbst 1899 befand sich hier nur die eine Schuhfabrik von Herrn Wanner. Die Organisationsverhältnisse waren schlecht, schlechter aber noch die Entlohnungsverhältnisse. Endlich schlossen sich die Arbeiter zusammen und forderten 20 Prozent Lohnerhöhung, 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, Abschaffung sanitärer Mißstände. Der Fabrikant, gewöhnt an die Widerstandsunfähigkeit seiner Arbeiter, wies jedes Zugeständnis zurück; allein er sollte sich diesmal an seinen Arbeitern gründlich täuschen. Wohl konnten dieselben den Sieg nicht erringen, aber die Streikenden unterwarfen sich auch nicht. Nach 16wöchentlicher Dauer mußte der Streik infolge Zuzugs von Streikbrechern erfolglos beendet werden. Nun errichtete Herr Binder eine neue Schuhfabrik, woselbst sämtliche treu gebliebene Streikenden nach und nach Unterkunft fanden, und diese sind es, welche der Organisation bis auf den letzten Mann angehören. Wanner, welcher seinen Arbeitern die Zugehörigkeit zum Verbande verbietet, ist Mitglied des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten und war auch auf der Generalversammlung anwesend!! Das eine aber können wir Herrn Wanner versichern, daß mit der Zeit auch unter seinen jetzigen Arbeitern die Organisation festen Fuß fassen wird, besonders, wenn er nicht bald die Entlohnungs- und sonstigen Verhältnisse bessert.

. . . p.

Hoffentlich nimmt nunmehr Herr Kommerzienrat Manz, der sich auf dem letzten Verbandstag wegen der Inkorrektheit der Berliner Schuhfabrikanten, die den Arbeitern das Koalitionsrecht einfach wegdekretieren wollten, bitter über diese Eigenmächtigkeit beklagte, Anlaß, Herrn Wanner zu bedeuten, daß die Beschlüsse des Verbandstages deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten nicht nur zum Schein und zur Täuschung gefaßt, sondern in Wirklichkeit durchgeführt werden. Herr Wanner nimmt entweder sein Verbot, dem Verein deutscher Schuhmacher anzugehören, zurück, oder es erfolgt sein Ausschluß aus dem Verein deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten. Wir werden ja sehen, was sich ereignet und daraus unsere Schlüsse ziehen.

D. R.

Kassel. Wenn man Gelegenheit gehabt hat zu beobachten, wie sich das Unterstützungswesen innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation und Krankenkassen entwickelt und bis heut gestaltet hat und heut mehr als zu jeder andern Zeit die Frage des Unterstützungswesens besprochen wird, so ist es klar, daß innerhalb unserer kapitalistischen Produktionsweise dieselbe nicht ganz zum Abschluß gelangen wird. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden deshalb aber immer wieder sich von neuem damit beschäftigen. Prinzipielle Gegner, wie wir sie in den siebziger Jahren und auch noch später gehabt haben, sind jetzt nicht mehr vorhanden, der Kampf beschränkt sich wesentlich darauf, inwieweit es von Nutzen für die Organisation ist und beide Teile sind von dem gleichen Gedanken beseelt, der Organisation zu nützen. Ich will mir nun gestatten, einen kleinen Rückblick der Entwickelung zu geben und auch auf die Arbeitslosenunterstützung unserer Organisation zurückkommen. Als neben der Gewerkschaft in den siebziger Jahren auch eine Krankenkasse bestand, in welcher ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder waren, und diese versuchten dafür neue Mitglieder zu gewinnen, mußte man sich öfter sagen lassen, ich spare das Geld, was du da ausgibst, oder, ich werde nicht krank u. s. w. Als im Jahre 1878 die Krankenkasse mit der Gewerkschaft aufgelöst wurde, trat ein Teil in andere Kassen über, ein anderer Teil wartete auf bessere Zeiten, bis dann im Jahre 1882 die neue Zentralkasse gegründet wurde. Auch da entspann sich schon ein Kampf über hohe und niedrige Beiträge und Unterstützungsgelder. Was richtiger, ob hohe oder geringe Unterstützung, will ich nicht erörtern, nur bemerke ich, daß das Verhältnis zum Lohn, um beiden Teilen Rechnung zu tragen, zum Nachteil der Kasse überschritten wurde. Es machte sich fast nirgends das Bedürfnis geltend, zwei Kassen anzugehören. 1883 erfolgte der gesetzliche Kassenzwang, womit nun alle gezwungen waren, die Ausgaben hierfür aufzubringen. Was für Beobachtungen machen wir nun heute? Der Verheiratete sucht sich durchgängig doppelt zu versichern, ja selbst bei den Ledigen macht sich das Bedürfnis bereits geltend. Es entspricht dieses Bestreben den berechtigten Forderungen der Sicherstellung der Existenz. Was sehen wir nun bei der Arbeitslosenunterstützung? Als Anfangs der neunziger Jahre das Für und Wider lebhaft geltend gemacht wurde, wurde schließlich auch der fakultativen Einführung das Wort geredet. Ich selbst war Gegner der obligatorischen Einführung und sprach mich in Erfurt in einer Versammlung dahin aus, daß es nicht Aufgabe der Majorität sein könne, der Minorität das Recht zu nehmen, sich ohne Schaden und Nachteil für die Organisation derartig zu versichern. In Mainz wurde dann die fakultative Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen, und neben derselben auch eine Krankenzuschußkasse. Die letztere mußte damals schon als ein Nachteil für die obligatorische Arbeitslosenunterstützung angesehen werden. In Magdeburg wurde die Urabstimmung beschlossen und diese ergab eine große Minorität für die obligatorische Einführung. Was aber, frage ich, hinderte diese Minorität der fakultativen Unterstützungskasse beizutreten? Gründe dafür können wohl nicht angeführt werden. Es wäre dies als ein Beweis gegen die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung anzusehen. Ein anderes Bild zeigt uns die Krankenzuschußkasse. Ist denn hier nun ein größeres Bedürfnis vorhanden? Man müßte es im Grunde genommen verneinen, da doch jeder Arbeiter schon gegen Krankheit versichert ist. Im vorigen Jahre sagte ich in einer Notiz im „Fachblatt“, daß wir sehen, wo hier die Arbeitslosenunterstützungskassen zu suchen sind. Ich behaupte sogar, daß das ganz unbewußt bei dem Einzelnen geschieht, also nicht in der ausgesprochenen Absicht, die Krankenkasse bei Arbeitslosigkeit in Anspruch zu nehmen. In einiger Zeit werden wir uns mit dieser Frage wieder eingehender zu beschäftigen haben, da die Generalversammlung dieselbe gleichfalls zur Erörterung stellen wird. Nun möchte ich jetzt schon einen Vorschlag machen, der wohl mit zur Beratung zu ziehen wäre und beiden Teilen Rechnung tragen dürfte. Ich glaube nämlich, daß es sich ganz gut machen ließe, die Arbeitslosen- und Krankenzuschußkasse in eine Kasse zu verschmelzen und zwar mit einem Beitrag von 10 Pf. pro Woche. Es wären danach die Krankheitsfälle mit der Arbeitslosigkeit gleichzustellen. Dieses System wäre auch schon wegen des einfachen Verwaltungsapparates in Berücksichtigung zu ziehen. Zum Schluß will ich noch darauf zurückkommen, daß eine Organisation, je mehr sie an Macht den Arbeitgebern gegenüber gewinnt, auch an die Ausgestaltung des Unterstützungswesens denken muß, da, ökonomisch genommen, den Betrag hierfür nicht der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber tragen muß. Das ist aber nur bei einer guten und straffen Organisation der Fall.

G. Markus.